

Machtlos und überfordert

Feuer in LA: „Die Gefahr ist noch nicht vorbei“, FR-Panorama v. 15.1.

Da fliegen wir zum Mond, bauen Autos mit Massagesitzen oder mischen als Extra Gold oder Kristallglas in den Lack zum Preis eines Kleinwagens, aber bei Naturkatastrophen scheinen wir machtlos und restlos überfordert. Ob Feuer, Hochwasser, Dürre – es endet fast immer in einer Tragödie. Wann hat Noah die Arche gebaut? Vor der Sintflut!

Es scheint nicht fünf vor zwölf zu sein, sondern nach zwölf. Über Nacht kann vieles verloren sein, aber dennoch opfern viele Menschen in unserer Gesellschaft ihre Gesundheit, einen Großteil ihrer Lebenszeit, um noch mehr zu kaufen, zu besitzen und anzuschaffen. Aber am Ende kann sich alles ganz schnell in Schall und Rauch auflösen. Nicht wenige würden dann alles wieder hergeben, um gesund zu sein und etwas mehr Zeit zu haben.

Uns alle braucht die Natur nicht, aber wir sie! Vielleicht wollen wir die Natur aufwecken, und es kommt endlich zu einem Umdenken im Umgang mit unserem Planeten. Einen Versuch ist es wert. Enrico W. Arndt, Heidelberg

Brachial ins neue Jahr

Böllerei: „Verbote und harte Strafen?“, FR-Panorama vom 6.1.

Fast 2,5 Millionen Menschen haben die Petition bezüglich des Böllerverbots der Deutschen Umwelthilfe unterschrieben, und es kommen täglich neue Unterschriften hinzu. Auf Petitionsplattformen wie change.org gibt es unzählige Petitionen zum Verbot. Nancy Faser sieht jedoch anscheinend keinen Handlungsbedarf. Sie möchte angeblich nicht die Mehrzahl der Bürger bestrafen. Zur Information: Sie bestraft eher derzeit die Mehrheit!

Das ganze Jahr über wird das Volk mit CO₂-Auflagen schikaniert, aber an Silvester ist anscheinend alles egal. Von der Umwelt-, Luft- und Gewässerverschmutzung redet niemand von den Damen und Herren der Politik, ebenso wenig davon, wie durch die Böllerei die Tierwelt (Haus-, „Nutz“- und Wildtiere) terrorisiert wird. Wir sind nicht alleine auf den Planeten bzw. im deutschen Land! Zu Gesprächen wurde nur die Polizeigewerkschaft eingeladen, die Deutsche Umwelthilfe nicht. Einer der unzähligen Beweise dafür, wie extrem ignorant, einseitig, natur- und tierfeindlich die deutsche Politik ist.

Drei Jahre hat diese Regierung nichts Sinnvolles zustande gebracht. Nun lässt man auch die allerletzte Möglichkeit verstreichen und zeigt sich unfähig bis zum bitteren Ende. Kaum ein anderes Land startet so brachial, zerstörerisch und rücksichtslos ins neue Jahr. Es wird allerhöchste Zeit, dass diesbezüglich endlich Verantwortung und Verantwortung einkehrt!

Jörg Gaiser, Baiersbronn



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie immer Ihre Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift online unter www.frblog.de publiziert werden kann. Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FORUM ONLINE

Alle Stimmen aus diesem Forum wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20250120 Dort können Sie Ihre Meinung auch selbst veröffentlichen.

FR ERLEBEN

Sandra Busch und **Georg Leppert** diskutieren mit den Frankfurter Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für den Bundestag Omid Nouripour (Grüne), Yannick Schwander (CDU), Lena Voigt (SPD).
Dienstag, 21. Januar, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3
Frankfurt

Stephan Hebel lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Livestream unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 23.1., 19 Uhr
Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Diskussion zum Thema „Brauchen wir ein AfD-Verbot?“ Mit Michèle Winkler (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Axel Schäfer (MdB, SPD) und anderen.
Freitag, 24. Januar, 19 Uhr
Kulturzentrum „Rotunde“
Am Kulturgleis 3-5, Bochum

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem neuen Hoffnungsträger der Linken, dem sächsischen Landtagsabgeordneten Nam Duy Nguyen.
Donnerstag, 30.1., 19 Uhr
Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Der Kompass funktioniert nicht richtig

Wahlkampf: „Die heiße Phase beginnt“, FR-Titel vom 13. Januar

Die Grünen werfen ihre Werte über Bord

Stillos, inhaltsbefreit, geschichtsvergessen, banalästhetisch, selbstzentriert, opportunistisch. Damit lässt sich der Wahlkampf des selbsternannten „Bündniskanzlers“ Robert Habeck charakterisieren. Die Parteispitze der Grünen – im Unterschied zur Grünen Jugend – wirft eigene moralische Werte und Prinzipien immer wieder über Bord und bettelt bei einer rückwärtsgerichteten, neoliberalen Merz-CDU und beim antigrünen CSU-Söder um ein Koalitionsangebot nach der Wahl. Dies wird durch Habecks jüngst gemachten Vorstoß bestätigt, nicht arbeitende syrische Schutzsuchende in ihr Herkunftsland auszuweisen unter der Voraussetzung, dass Sicherheit in Syrien gewährleistet ist. Die Grünen sind schon lange keine Wertepartei mehr wie die SPD und links schon gar nicht, auch wenn die rechtskonservativen Medien dieses Feindbild permanent verbreiten.

Dass Habeck nun auch noch im Stile der Mediatektur autoritärer Regime zu Wahlkampfzwecken sein Konterfei auf das Siegestor in München projizieren ließ, zeugt von Inhaltsleere und kultureller Amnesie, insbesondere von fehlender „Ästhetik des Humanen“. So betitelte Heinrich Böll, Namensgeber der parteinahen Stiftung der Grünen, in seinen Frankfurter Vorlesungen das eigene literarische Programm: eine angemessene Sprache für das Humane zu finden. Dies bezog der spätere Literaturnobelpreisträger auf alle Migrant:innen und Schutzsuchenden, unabhängig davon, ob sie arbeiten oder ihr Herkunftsland „sicher“ ist. Der promovierte Germanist Habeck sollte sich die Einsicht des



Die Produktion von Papier für die Wahlzettel, hier im sächsischen Freital, liegt im Zeitplan. DPA

Intellektuellen Böll zu Herzen nehmen: „Moral und Ästhetik erweisen sich als kongruent, untrennbar auch“. Marcel Remme, Tübingen

Eine heile Welt à la Olaf Scholz

An die „ganz normalen Leute“ richtete sich Olaf Scholz in seiner Rede beim SPD-Parteitag. So wird er in der FR beifällig zitiert. Erstaunlicherweise stellt niemand die Frage: Wer sind die eigentlich, die „ganz Normalen“? Wer sind die „Unnormalen“?

Sind die Durchschnittsverdiener gemeint? Sind Reiche unnormal? Oder die von Sozialleistungen Abhängigen? Geht es um Bildung? Haben „ganz Normale“ Ausbildung oder Hochschulabschluss? Sind Intellektuelle, Wissenschaftler „normal“ oder „unnormal“? Welche Berufsgruppen gehören zu den „ganz Normalen“? Oder – da wird es ganz krude – geht es um geographische Herkunft, Hautfarbe, Religion? Sexuelle Identität? Sind Schwule

eigentlich „normal“? Das macht deutlich, wie problematisch solche Klassifizierungen sind. Ihre Funktion im politischen Diskurs ist klar: Jeder Angesprochene kann seine eigene Interpretation und auch die ihm genehmen Ausgrenzungen vornehmen. „Die ganz normalen Leute“ der SPD sind in etwa das, was für die CDU die „deutsche Leitkultur“ ist.

Ist es zu weit hergeholt zu vermuten, dass es darum geht, potenziellen Wählern eine Sicherheit versprechende, heile Welt zu suggerieren, die Ängste vor Veränderung zu bedämpfen durch ein rückwärtsgerichtetes „Weiter so“?

Welche Illusion! Die Welt wird sich verändern, wie sehr sich politische Parteien und ihr Publikum auch versteifen. Der Klimawandel lässt sich nicht abwählen. Da helfen keine Beschwörungen von Normalität und Leitkultur!

Claudia Möller, Ranstadt

Diskussion: frblog.de/wahl2025

Ohne Freiheit gibt es keinen Fortschritt

Verteidigungsminister: „Fünf ohne Trump“ und „Lieber spät als gar nicht“, FR-Politik u. -Meinung v. 14.1.

Merken wir eigentlich noch, was in dieser Welt los ist? Anfang 2022 standen 160.000 russische Soldaten an der Grenze zur Ukraine. Wir glaubten nicht, dass Wladimir Putin den Einmarsch wagen würde – doch er tat es. Jetzt richtet sich unser Blick auf China. Die Volksrepublik plant unübersehbar die Eroberung Taiwans, doch wir reagieren mit Wegsehen und Schweigen. Donald Trump spricht offen über den Kauf von Grönland und die Kontrolle über den Panamakanal, doch wir belächeln es. Als unser Bundeskanzler kürzlich den künftigen US-Präsidenten zurechtwies, war die Opposition mehr damit beschäftigt, den Kanzler zu kritisieren, als die Inhalte zu diskutieren.

Haben wir nichts aus 2022 gelernt? Glauben wir wirklich, dass das Unwahrscheinliche nie passieren wird? Ich nicht. Die Risiken sind real. Wir müssen endlich hinschauen und die Gefahren ernst nehmen. Wir

Europäer müssen uns sensibilisieren und vor allem handeln. Und ja, wir müssen aufrüsten – nicht, weil wir Krieg wollen, sondern um den Frieden zu sichern. Robert Habeck hat recht, wenn er sagt, dass Waffen notwendig sind, um sie nicht benutzen zu müssen. Europa kann sich ohne die Unterstützung der USA nicht verteidigen, und das wissen wir. Doch es reicht nicht, das nur zu erkennen.

Wenn wir nicht bereit sind, in unsere Sicherheit zu investieren, wer soll uns dann verteidigen? Frau Strack-Zimmermann sagt, wir könnten „nicht mal eben aufrüsten“ – warum nicht? Wir wissen seit Jahren, wie schwach unsere Verteidigungsindustrie aufgestellt ist. Hätten wir rechtzeitig gehandelt, wären wir heute besser vorbereitet. Es ist beunruhigend, wie gering unsere Produktionskapazitäten für Verteidigungswaffen in Europa sind. Wir hätten längst reagieren müssen. Stattdessen

verlieren wir uns in politischen Debatten und verschieben Prioritäten, während Frieden ein Gut ist, das wir nicht umsonst erhalten können. Er hat einen hohen Preis.

Warum sind wir nicht bereit, diesen Preis zu zahlen? Blockiert die Schuldenbremse unsere Fähigkeit zu investieren? Oder ist es ein Sozialsystem, das keinen Raum für Sicherheit lässt? Vielleicht der Klimaschutz und die Energiewende? Diese Themen sind wichtig, aber ohne Frieden können wir keine Klimaziele erreichen, keine soziale Gerechtigkeit sichern und keine Energiewende gestalten.

Die Bundestagswahl steht bevor. Wen sollen wir wählen, wenn es um die Verteidigung unseres Friedens geht? Europa, wach auf! Erhebe deine Stimme, steh zusammen und investiere in den Frieden. Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit, und ohne Freiheit gibt es keinen Fortschritt.

Karl Gero Wendeborn, Wentorf

Die Ukraine braucht Hilfe

Zu: „Fatales Zögern“, FR-Meinung vom 11. Januar

Es ist tatsächlich fatal, der Ukraine die Hilfen nicht zu gewähren, die eigentlich zugesagt sind und die sie ganz dringend braucht. Dies aber auch noch damit zu begründen, dass „so kurz vor der Wahl zusätzliche Haushaltsmittel ... zu binden und damit die nächste Bundesregierung vor vollendete Tatsachen zu stellen (...) für unsere Demokratie nicht in Ordnung, rechtlich und politisch kaum zu verantworten“ sei, stellt den Gipfel der Heuchelei durch Rolf Mützenich dar, hinter der sich die Abneigung verbirgt, der Ukraine überhaupt zu helfen. Das ist umso befremdlicher, als die Oppositionspartei, die möglicherweise den nächsten Kanzler stellt, der Ukraine genauso helfen will, wie es der Parteifreund Mützenichs wünscht, Boris Pistorius. Herr Mützenich, Sie sollten Ihre politische Aktivität einstellen. Ernst Niemeier, Wentorf

Nicht ausreichend

Mindestlohn: „Umstrittene Untergrenze“, FR-Wirtschaft v. 2.1.

Der gesetzliche Mindestlohn ist zehn Jahre alt. Mit der Einführung 2015 in Höhe von 8,50 Euro wird jedes Jahr von der Partei Die Linke im Bundestag die Anfrage gestellt, wie hoch der Mindestlohn sein müsste, damit die Rente nach 45 Beitragsjahren und voller Stundenzahl (38,5 Stunden) oberhalb der Grundsicherung (Bürgergeld für Rentner) liegt. Schon 2016 hätte der Stundenlohn bei 11,68 Euro liegen müssen. Im Oktober 2023 war die Antwort des Arbeitsministeriums auf die Anfrage: Zwischen 12,72 und 16,14 Euro, je nach Wohnort bzw. je nach Höhe der Wohnkosten. Also sollte man nicht in Stuttgart, Frankfurt/Main, Köln, München oder Hamburg leben.

Es gibt zwar zusätzliche Unterstützung für Personen mit niedrigen Renten, aber wie sieht denn die Bilanz für einen Arbeitnehmer, der sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, aus? Es reicht nicht für eine angemessene Alimentierung im Alter. Solange der Mindestlohn so niedrig ist, dass man nur durch Transferleistungen (Wohngeld u.a.) ein ausreichendes Einkommen für sich und seine Familie hat, bleibt die Höhe ein Skandal. Zumal der nicht ausreichende Mindestlohn durch die Steuerlast der Bürgerinnen und Bürger aufgefangen wird.

Die hohen Mieten werden durch Wohngeld kompensiert, anstatt dass man genügend Geld zur Verfügung stellt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Auch die nicht ausreichenden Renten werden durch Zuschüsse des Staates ausgeglichen. Wir erlauben uns also eine „Subventionierung“ des Mindestlohns durch die „Hintertür“. Der Mindestlohn sollte doch eigentlich – wie der Name schon sagt – ausreichen, um seinen Lebensunterhalt selbst zu finanzieren. Dorothee Kroll, Euskirchen